

Fünf vor acht / Bankenrettung: Schluss mit dem Finanzkrisenpopulismus

Eine Kolumne von Lisa Nienhaus



Für die Rettung der Banken war 2008 Geld da, für andere nicht. Kaum ein Vorwurf ist so oft wiederholt worden. Doch das ist eine Irrlehre. Es war eine Rettung des Systems.

Die Zeit, 14. September 2018, 7:59 Uhr

Vor zehn Jahren begann mit der Pleite der Bank Lehman Brothers die Finanzkrise. Und schon kurz darauf entspann sich um sie eine Erzählung, die seither von Menschen in unterschiedlichster Art wiederholt und weitergegeben wird. Sie ist eine Art umgekehrter Robin-Hood-Geschichte. Mit zig Milliarden Steuergeldern, so wird sie erzählt, wurden 2008 und in den Folgejahren Banken und Banker gerettet, eine Elite, die sich verzockt hatte, die Reichen, die es eigentlich gar nicht nötig hatten auf Kosten der Steuerzahler, auf Kosten der Armen. Das alles, statt das Geld für Renten, Kitas oder die Pflege auszugeben, wo es jetzt fehlt.

Dieses Narrativ benutzen Menschen verschiedener politischer Richtungen. Zum Beispiel Sympathisanten der Besetzer des Hambacher Forstes: "60 Milliarden Euro für die Banken hatten wir. Aber einen Wald retten können wir uns nicht leisten", schreibt eine von ihnen auf Twitter. Auch die AfD ist anfällig für diese Logik. In ihren Kreisen nennt man die Bankenrettung gern mal "Sozialismus für Reiche". Die Allgemeinheit sei zur Kasse gebeten worden, heißt es dann, damit die Reichen nicht hätten darben müssen.

Und sogar Bundesfinanzminister und SPD-Politiker Olaf Scholz zitiert diese Sichtweise: "Der Protest dagegen, dass in der Krise 'für die Banken Geld da war', der Staat aber für die Anliegen seiner Bürgerinnen und Bürger nicht genügend Geld aufbringt, war 2009 ein Kernanliegen sozialer Bewegungen", schreibt er in einem Beitrag zu zehn Jahren Finanzkrise für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Er ergänzt später zwar: "Diese Sichtweise mag etwas vereinfacht sein", führt das aber nicht aus, sondern lamentiert lieber über die Ungerechtigkeiten der heutigen Vermögensverteilung.

Eine Irrlehre der Finanzkrise

Für die Banken war also Geld da in den Jahren nach 2008, für andere nicht? Kaum ein Vorwurf ist so oft wiederholt worden. Und doch ist er falsch. Er ist eine Irrlehre der Finanzkrise. Denn wer auch nur ein wenig von dieser Zeit mitbekommen hat, der weiß: So war es nicht.

Nicht zockende Banken wurden in den Jahren 2008 und den folgenden gerettet. Nein, die hätte man untergehen lassen, wenn es denn halbwegs schadenfrei für das Land gegangen wäre. Das ging aber nicht, weil die Banken die ganz normalen Leute mit sich gerissen hätten: jeden einzelnen Besitzer eines Kontos – jeder einzelne übrigens auch ein Wähler. Denn bei der Pleite einer großen Bank hätte es Ansteckungseffekte auf alle Banken gegeben. Und es wären die ganz normalen Kunden gewesen, die ihr Geld nicht wiederbekommen hätten. Man stelle sich nur vor, was der heutige AfD-Politiker, was die heutige Hambacher-Forst-Sympathisantin gesagt hätten, wenn sie auf einmal ganz ohne Geld dagestanden hätten.

Der Staat sprang für die Bürger ein

So ist es zwar wortwörtlich genommen nicht falsch, wenn jemand sagt, Banken wurden mit zig Milliarden gerettet, aber für den Wald sei kein Geld da (abgesehen davon, dass es beim Hambacher Forst nicht der Punkt ist, dass es zu teuer ist, ihn zu retten, aber das lassen wir hier mal außen vor). Es wird damit aber insinuiert, für die Reichen sei Geld da gewesen, für Dinge, die normalen Leuten wichtig sind, hingegen nicht. Und das ist falsch. Denn am Ende ging es um die normalen Leute, um alle Bürger, als damals der Staat einsprang.

Am Ende hat die Bankenrettung in Deutschland vor allem das System gerettet. Samt seiner schon vorher bestehenden Ungerechtigkeiten. Natürlich wurde bei Kunden mit mehr Geld auf dem Konto mehr gerettet als bei den armen. Und natürlich ist es auch ungerecht, dass Banker, die sich verzockt hatten, einfach mitgerettet wurden.

Hätte man es deshalb lassen sollen? Hätte man das System lieber implodieren lassen sollen? Die Idee, dass dadurch Vermögen vernichtet und die Welt ein bisschen gleicher geworden wäre, ist reizvoll. Es gibt sicher den ein oder anderen Anarchisten, der das gut gefunden hätte. Vielleicht, weil er sowieso kein Geld auf dem Konto und somit nichts zu verlieren hatte.

Es ist falsch, sich selbst zu belügen

Aber die große Mehrheit der Deutschen war 2008 dagegen, und sie wäre auch heute dagegen. Es ist falsch, sich darüber im Nachhinein selbst zu belügen. Schluss mit dem Finanzkrisenpopulismus! Das gilt insbesondere für alle Politiker – inklusive Olaf Scholz. Man sollte es sich und seinen Wählern nicht zu leicht machen.

Dann kann die Politik auch endlich über das sprechen, was wirklich noch zu tun ist. Die Banken in Deutschland sind beispielsweise in keiner guten Lage. Obwohl sie sehr viel mehr Eigenkapital halten als einst, genügt das vielen Experten immer noch nicht. Gleichzeitig wollen die Amerikaner unter Donald Trump die Regeln für ihre Banken schon wieder lockern. Hier gegenzusteuern, damit die Lehren der Finanzkrise nicht nach zehn Jahren schon wieder vergessen werden, das ist die Aufgabe der Politik.

Und zusätzlich kann sie natürlich gucken, wofür sie noch Geld ausgeben will außer für die Rettung der Sparer. Aber wer die Äußerungen von Scholz der vergangenen Zeit verfolgt hat, weiß: Derzeit besteht nicht die Gefahr, dass die Regierung in Sachen Geldausgeben untätig bleibt.